



Fahrplan Energiewende

Die grüne Roadmap für den Umstieg
in eine lebensfreundliche Stromversorgung

Uns geht's ums Ganze.
www.gruene-bundestag.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



Fahrplan Energiewende

Die Atomkraft ist eine unberechenbare Risikotechnologie – deshalb wird Deutschland bis spätestens 2022 aus der Atomkraft aussteigen. Dieser Beschluss war notwendig, aber nicht hinreichend. Er ist nur eine Zwischentappe auf dem Weg zum Ende der Atomkraft und zu einem grundlegenden Umbau der Energieversorgung.

Die Warnung vor den Gefahren der Atomenergie gehört zu den Gründungsimpulsen grüner Bewegungen weltweit. Für die Grünen in Deutschland stand das Ziel des Ausstiegs aus der Atomenergie an der Wiege der Parteigründung. Mit dem Atomkonsens ist es uns 2000/2001 – erstmals in Regierungsverantwortung – gelungen, den Ausstieg aus der Atomenergie politisch durchzusetzen und die Laufzeiten der bis dahin unbegrenzten Atomkraft zu befristen.

Auf diese Grundlage ist inzwischen auch die schwarz-gelbe Regierungskoalition eingeschwenkt. Sie hat unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe in Fukushima eine atompolitische Kehrtwende vollzogen, die im Herbst 2010 durchgedrückte Laufzeitverlängerung rückgängig gemacht und die unsichersten acht AKWs sofort stillgelegt. Das ist ein wichtiger Schritt, doch wir Grüne sehen uns damit längst noch nicht am Ziel.

Die Atomfrage ist für uns erst gelöst, wenn der letzte Meiler abgeschaltet und das bestmögliche Endlager für Atommüll gefunden ist. Deshalb werden wir weiter für höchste AKW-Sicherheitsstandards sowie ein ergebnisoffenes und transparentes Endlager-Suchverfahren kämpfen.

Parallel wollen wir den Einstieg ins Zeitalter der Erneuerbaren und der Energieeinsparung vorantreiben und schnellstmöglich vollständig auf erneuerbare Energien umsteigen. Das gelingt, wenn jetzt die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Dazu bedarf es vor allem eines beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien

sowie Investitionen in Energieeffizienz, Energieeinsparung, Energiespeicher und in die Modernisierung der Netze. Jeder Tag des Zögerns ist ein verlorener Tag für die Energiewende.

Das Energiekonzept der Bundesregierung greift viel zu kurz, setzt falsche Prioritäten und verschenkt Zeit, die wir nicht haben. Immer noch setzt Schwarz-Gelb auf Großprojekte und will sogar klimaschädliche Kohlekraftwerke subventionieren. Dem stellen wir das Leitbild einer vielfältigen und bürgernahen Energie-Infrastruktur auf der Basis erneuerbarer Energien entgegen. Wir wollen die Menschen im Land für die Energiewende gewinnen und sie beteiligen beim Neubau von Energieerzeugungsanlagen, Netzen und Speichern.

Die grüne Bundestagsfraktion legt hiermit einen Fahrplan für die Beschleunigung der Energiewende insbesondere für den Stromsektor vor. Damit zeigen wir, was noch in dieser Wahlperiode passieren muss, um den Einstieg ins Zeitalter erneuerbarer Energien konsequent und unumkehrbar einzuleiten. Wenn wir jetzt entschieden handeln, können wir erreichen, dass die Atomkraft bereits in wenigen Jahren vollständig abgeschaltet werden kann.

I. Grüne Wegmarken fürs Abschalten

- 1.** Mehr Sicherheit: Der Bundesumweltminister veröffentlicht das vorliegende neue Kerntechnische Regelwerk im Bundesgesetzblatt und bringt es damit verbindlich zur Anwendung für die Atomaufsicht in Bund und Ländern.

Zeithorizont: sofort

- 2.** Der Bundesumweltminister unterzieht die verbleibenden Atomkraftwerke einer strengen Sicherheitsüberprüfung auf der Basis des überarbeiteten Kerntechnischen Regelwerks. Sämtliche dem Prozess zugrundeliegenden Unterlagen werden veröffentlicht. Erforderliche Nachrüstungen, die sich daraus und aus dem „Stress-Test“ nach der Fukushima-Katastrophe an den AKWs ergeben, sind konsequent durchzusetzen. Alle AKWs sollen in einem angemessenen Zeitraum den Nachweis erbringen, dass ein Absturz eines Passagierflugzeugs nicht zu einer nuklearen Katastrophe führt. AKWs, die nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen, werden stillgelegt.

Zeithorizont: sofort beginnend

- 3.** Auf der Grundlage der durch den „Stress-Test“ der Reaktorsicherheitskommission aufgeworfenen Sicherheitsfragen werden neue Sicherheitsanforderungen an alle kerntechnischen Anlagen (inklusive Zwischenlager, Urananreicherung, Brennelementefertigung, Konditionierungsanlagen etc.) definiert.

Zeithorizont: sofort beginnend

- 4.** Die Bundesregierung setzt die bis 2009 gültigen Umweltschilde wieder in Kraft und stoppt jegliche Exportförderung und öffentliche Finanzierung für Atomtechnologie.

Zeithorizont: Herbst 2011

- 5.** Der Bundestag beschließt ein Endlagersuchgesetz, basierend auf den Kriterien des in rot-grüner Regierungszeit eingesetzten AkEnd. Damit wird die Grundlage gelegt, endlich eine ergebnisoffene Endlagersuche zu beginnen.

Zeithorizont: bis Ende 2011

II. Grüne Wegmarken für den Ausbau der EE

- 1.** Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wird dynamisch weiterentwickelt mit dem Ziel, den Anteil erneuerbar erzeugten Stroms bis 2020 auf deutlich über 40 Prozent zu steigern, den Ausbau aller erneuerbaren Energien weiter zu forcieren und insbesondere den Ausbau der Windenergie an Land zu sichern und durch zusätzliches Repowering zu beschleunigen, zusätzliche Anreize für den Ausbau der Offshore-Windenergie sowie die sichere Nutzung der Geothermiepotenziale zu setzen, den Ausbau der Fotovoltaik weiter anzuregen und die bedarfsorientierte Erzeugung von Strom aus nachhaltig erzeugter Biomasse zu fördern.

Zeithorizont: bis Sommer 2012

- 2.** Der Bundestag beschließt eine Novellierung der einschlägigen Fachgesetze mit dem Ziel, eine frühzeitige Bürgerbeteiligung und größtmögliche Transparenz bei allen Planungsverfahren einzuführen und dadurch wichtige Infrastrukturplanungen – insbesondere im Energiebereich – mit hoher Akzeptanz und deutlich schneller als bisher zu realisieren.

Zeithorizont: bis Sommer 2012

3. Der Bundestag beschließt eine Novellierung des Baugesetzbuches, der Baunutzungsverordnung sowie der rechtlichen Vorgaben für den Luftverkehr mit dem Ziel, Restriktionen für den Neubau oder den Ersatz von Anlagen erneuerbarer Energien, wie zum Beispiel Höhenbegrenzungen, unter Beachtung der Naturschutzbelange und der Bürgerbeteiligung zu beseitigen und die störende Hindernis-Befeuerung von Windenergieanlagen zu vermeiden.

Zeithorizont: bis Ende 2011

4. Die Bundesregierung verabschiedet zusammen mit den Bundesländern ein gemeinsames Programm zur Beseitigung planungsrechtlicher Hemmnisse für den Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeinsparinvestitionen, zum Beispiel beim Bau von Windenergieanlagen und zur Ausweisung von Vorrangflächen mit hohem Stromerzeugungspotenzial in allen Bundesländern.

Zeithorizont: bis Ende 2011

5. Der Bundestag beschließt, das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien aufzustocken und um ein Innovationsprogramm für neue Technologien auch in der Stromerzeugung und Speicherung – z. B. Meeresenergien, Thermoelektrik, innovative Wasserkraftanlagen, die den Artenschutz nicht beeinträchtigen – zu ergänzen.

Zeithorizont: Anfang 2012

III. Grüne Wegmarken für mehr Energieeffizienz beim Stromverbrauch

1. Die Bundesregierung macht einen Vorstoß auf der Ebene der Europäischen Union, das Einsparziel von 20 Prozent bis 2020 EU-weit verbindlich festzuschreiben und die Energieverbrauchskennzeichnung von Elektrogeräten verbraucherfreundlich zu gestalten.

Zeithorizont: Herbst 2011

2. Die Bundesregierung legt dem Bundestag endlich eine Novelle des Energieeffizienzgesetzes vor unter der Maßgabe, ein verbindliches Einsparziel von 20 Prozent Strom bis 2020 gegenüber 2007, eine Einsparquote für Energieversorger sowie Energie-Audits für energieintensive Unternehmen verbindlich festzuschreiben.

Zeithorizont: Herbst 2011

3. Die Bundesregierung legt dem Bundestag ein Gesetz zur Einrichtung eines Energiesparfonds vor, aus dem unter anderem jährlich eine Milliarde Euro zur Verbesserung der Information und Beratung zum Energiesparen sowie die Markteinführung besonders stromsparender Geräte und Maschinen, den Austausch ineffizienter Stromheizungen, insbesondere mit einem zielgerichteten Angebot für einkommensschwache Haushalte finanziert werden.

Zeithorizont: Frühjahr 2012

4. Die Bundesregierung legt einen Vorschlag zur Durchsetzung dynamischer Effizienzstandards in der Europäischen Union vor, so dass die energiesparendsten Produkte künftig den Standard vorgeben (Top-Runner Ansatz).

Zeithorizont: Herbst 2011

IV. Grüne Wegmarken für bessere Kraftwerke

1. Der Bundestag beschließt eine Novelle des Bundesimmissionsschutzgesetzes mit dem Ziel, die Effizienzsteigerung im fossil befeuerten Kraftwerkpark zu erhöhen und den Neubau von Kohlekraftwerken zu unterbinden. Dazu werden erstmals Flexibilitätsanforderungen sowie ein elektrischer Mindestwirkungsgrad von 58 Prozent für neue fossile Kraftwerke, beziehungsweise ein Gesamtwirkungsgrad von 75 Prozent auf das Jahr gerechnet bei Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung, eingeführt.

Zeithorizont: Herbst 2011

- 2.** Der Bundestag führt mit der gleichen Novelle ab 2015 einen dynamischen Mindestwirkungsgrad für bestehende fossile Kraftwerke von zunächst 38 Prozent bei Steinkohle, 36 Prozent bei Braunkohle sowie 40 Prozent bei anderen fossilen Brennstoffen ein.

Zeithorizont: Herbst 2011

- 3.** Der Bundestag beschließt eine Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes mit der Maßgabe, die Förderung deutlich zu verbessern, zum Beispiel durch Abschaffung des Förderdeckels von 750 Millionen Euro jährlich, Erhöhung der Förderhöhe sowie der Förderdauer für KWK-Anlagen, Abbau administrativer Hemmnisse für den Bau von Anlagen und Wärmenetzen sowie Verbesserung der Teilhabe am Regelstrommarkt für KWK-Anlagen.

Zeithorizont: Herbst 2011

- 4.** Die Bundesregierung führt das 2009 abgeschaffte Förderprogramm für Mini-Blockheizkraftwerke wieder ein.

Zeithorizont: bis Ende 2011

V. Grüne Wegmarken für neue und bessere Energienetze und -speicher

- 1.** Die Bundesregierung legt dem Bundestag einen „Bundesplan Stromnetze“ vor, der auf die schnellstmögliche Umstellung der Stromversorgung auf erneuerbare Energien ausgerichtet ist. Um die Akzeptanz zu erhöhen, sollen die dafür erforderlichen Netzdaten und Lastflüsse veröffentlicht und die Öffentlichkeit bei der Planerstellung beteiligt werden.

Zeithorizont: Frühjahr 2012

- 2.** Die Bundesregierung trifft mit den Bundesländern eine einvernehmliche Regelung der Planungskompetenz und startet eine gemeinsame Initiative zur Überprüfung und Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für neue Übertragungsnetztrassen sowie zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung.

Zeithorizont: Herbst 2011

- 3.** Der Bundestag beschließt eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) mit dem Ziel, die Akzeptanz von Neubauvorhaben zu erhöhen durch die grundsätzliche Erdverkabelung von Leitungen im Spannungsbereich bis 110 Kilovolt und Teilverkabelung von Höchstspannungsleitungen in sensiblen Gebieten. Vertretbare Mehrkosten sollen auf die Netzentgelte umgelegt werden können.

Zeithorizont: Herbst 2011

- 4.** Die Bundesregierung schreibt eine Pilot-Trasse zur Höchstspannungs-Gleichstromübertragung (HGÜ) als Nord-Süd-Achse aus und startet parallel Pilotprojekte zur Erprobung der Erdverkabelung von Höchstspannungsleitungen über längere Distanzen.

Zeithorizont: bis Sommer 2012

- 5.** Die Bundesregierung erarbeitet eine systematische Erhebung der verfügbaren Speicherpotenziale und nimmt Verhandlungen mit den Regierungen der Nachbarstaaten sowie Skandinaviens auf mit dem Ziel, die dortigen Wasserkraftspeicher mit dem deutschen Strommarkt zu verbinden und den Bau der erforderlichen Leitungen aktiv voranzutreiben.

Zeithorizont: sofort beginnend

- 6.** Die Bundesregierung legt ein Umrüstprogramm zur Bereitstellung von Systemdienstleistungen durch Fotovoltaikanlagen auf der Verteilnetzebene auf und startet ein Förderprogramm zur Entwicklung und zum Bau von innovativen Stromspeichern, wie zum Beispiel Pumpspeicherwerke in aufgelassenen Bergwerken, Schwungradspeicher, Hubspeicherkraftwerke, regeneratives Methan in Erdgasnetzen.

Zeithorizont: ab 2012

VI. Grüne Wegmarken für Innovation und Wettbewerb

1. Die Bundesregierung stellt die Forschungsmittel im 6. Energieforschungsprogramm grundlegend mit Konzentration auf erneuerbare Energien und Energieeinsparung um. Die Forschungsanstrengungen zur Förderung technologischer Innovationen in den Bereichen intelligenter Netze, Stromübertragungstechnologien sowie Stromspeicherung werden wesentlich verstärkt und die Forschungsmittel der im Energieforschungsprogramm für erneuerbare Energien und Energieeinsparung bereitgestellten Mittel auf 500 Millionen Euro pro Jahr erhöht.

Zeithorizont: sofort beginnend

2. Die Bundesregierung ergreift eine Initiative auf EU-Ebene zur Umstellung im 8. Forschungsrahmenprogramm der EU mit dem Ziel, dort ebenfalls die Beendigung der Forschungsunterstützung der erfolg- und perspektivlosen Kernfusionsforschung und Forschung für Kernspaltungskonzepte zu erreichen. Flankierend steigt Deutschland aus dem EURATOM-Vertrag aus.

Zeithorizont: sofort beginnend

3. Die Bundesregierung richtet eine Markt-Transparenzstelle ein, um Missbrauch und überhöhte Strompreise zu verhindern und einen fairen Wettbewerb im Strommarkt durchzusetzen.

Zeithorizont: bis Ende 2011

VII. Grüne Wegmarken für begleitende Klimaschutzmaßnahmen

Um bei einem beschleunigten Atomausstieg den notwendigen anspruchsvollen Klimaschutz umsetzen zu können, sind auch außerhalb des Strombereichs die Anstrengungen wieder deutlich zu erhöhen.

1. Die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm werden wieder auf zwei Milliarden Euro angehoben. Zusätzlich werden zwei Milliarden Euro aus dem Energiesparfonds für die energetische Sanierung von Wohnquartieren mit hohem Anteil einkommensschwacher Haushalte zur Verfügung gestellt.

Zeithorizont: ab 2012

2. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden vollständig in den Klimaschutz investiert und nicht durch Zahlungen zur Stromkostenkompensierung an die Industrie oder zur Finanzierung fossiler Kraftwerke vermindert. Die in Kopenhagen vereinbarten Mittel für den internationalen Klimaschutz werden endlich in vollem Umfang zur Verfügung gestellt.

Zeithorizont: bis Ende 2011

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Arbeitskreis 2: Umwelt, Energie, Verbraucher und Verkehr

T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

Energie 2050 – Sicher erneuerbar (Reader 17/23)

Atommüll (Flyer 17/14)

Das Ende für die Atomkraft (Flyer 17/11)

Bundestagsdrucksachen:

17/5202 Atomzeitalter beenden – Energiewende jetzt

17/5183 Keine Hermesbürgschaften für Atomtechnologien

17/5180 Änderung des Atomgesetzes –

Abschalten der acht unsichersten Atomkraftwerke

17/5148 Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes

17/5051 und 17/5052 Entschließungsantrag zur Abgabe einer
Regierungserklärung zur Aktuellen Lage in Japan

17/5035 Änderung des Atomgesetzes und Wiederherstellung des Atomkonsenses

17/3061 Energie 2050 – Sicher erneuerbar

17/2425 Atomkosten anlasten – Brennelementesteuer jetzt einführen

17/1766 Atomausstieg beschleunigen – Strommarkt zukunftsfähig entwickeln

Link:

gruene-bundestag.de » Themen A - Z » Atomausstieg

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag.

Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Stand: September 2011

Schutzgebühr: 0,15 €